

Wahlprüfsteine des ADFC Steinbach zur Kommunalwahl 2026

Die Stadtverordneten Steinbach haben beschlossen, dass die Stadt bis 2045 klimaneutral sein soll. Die Veränderung der Mobilität ist ein wesentlicher Baustein, um dieses Ziel zu erreichen.

Unsere Vision einer klimaneutralen Mobilität in Steinbach ist: Jede und Jeder, alt und jung

- kommt sicher und komfortabel von A nach B. Die Wege für die Verkehrsarten sind getrennt voneinander, durchgehend, ausreichend breit und in gutem Zustand, auch bei Eis und Schnee.
- kann frei wählen zwischen zu Fuß gehen, mit Bus und Bahn, Fahrrad oder Auto fahren. Die Verkehrsmittel sind an zentralen Stellen miteinander verknüpft.
- findet in der Stadt attraktive, ruhige, grüne und schattige Plätze zum Verweilen. Es werden keine weiteren Flächen für Straßen verbraucht, weder für Neubau noch für Erweiterung.
- Alle verkehrsplanerischen Maßnahmen sind in einem integrierten Mobilitätskonzept für die Stadt aufgeführt und verzahnt. Auswirkungen einer Maßnahme auf alle Verkehrsmittel werden abgewogen und monetär bewertet, einschließlich der Kosten für Unterlassen der Maßnahme.

CDU: Die Visionen und Ideen des ADFC Oberursel/Steinbach sind uns in der CDU Steinbach wichtig - insbesondere die Verkehrssicherheit aller Radfahrenden.

FDP: Die FDP Steinbach unterstützt das Ziel der Stadt, bis 2045 klimaneutral zu werden. Eine veränderte Mobilität ist dabei ein zentraler Baustein. Unser Ansatz ist klar: Mobilität muss sicher, verlässlich, bezahlbar und für alle Generationen frei wählbar sein. In unserem Wahlprogramm bekennen wir uns ausdrücklich zu einem integrierten Mobilitätskonzept, das alle Verkehrsteilnehmenden berücksichtigt – Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrende, ÖPNV-Nutzer und Autofahrende gleichermaßen. Auswirkungen von Maßnahmen müssen transparent abgewogen und finanzielle Folgen realistisch bewertet werden.

GRÜNE: In Steinbach haben wir mittlerweile unser Wahlprogramm veröffentlicht und haben festgestellt, dass Ihre Vision einer klimaneutralen Mobilität mit unserer Vision für ein klimafreundliches Steinbach 2042 in grossen Teilen übereinstimmt! Das ist gut so, denn um eine klimaneutrale Stadt zu erreichen, braucht es die Anstrengung und den Willen ganz vieler. Wir setzen in Steinbach auf ein umfassendes Mobilitätskonzept, was es im Detail in der nächsten Wahlperiode noch zu formulieren gilt.

Welche konkreten Schritte wird Ihre Fraktion in der nächsten Legislaturperiode auf den Weg und in die Umsetzung bringen, um diese Vision zu erreichen? Konkret geht es um diese Vorhaben oder Problematiken:

1. Verkehrssicherheit

1.1. eine Schulstraße (Hessenring) wird an der Geschwister-Scholl-Schule eingerichtet. Halteplätze für Elterntaxis sind bereits außerhalb dieser Straße ausgewiesen. Des Weiteren ist dann ein Zusatzschild erforderlich, z.B. „Anwohner, Rad und Busverkehr frei“.

CDU: Vorschläge, die Verkehrssicherheit von Kindern vor der Geschwister Scholl Schule zu verbessern, finden wir wichtig. Die Idee einer temporären Sperrung wird auch in der Stadtverwaltung diskutiert. Allerdings muss dabei eine Lösung gefunden werden, die das Sicherheitsproblem nicht nur auf andere Straßen und Plätze verlagert. Ebenso muss eine Durchfahrt der Linienbusse gewährleistet sein. Auch scheint uns eine temporäre Sperrung nur durchsetzbar, wenn sich freiwillige Helfer (Eltern oder andere Ehrenamtliche) bereit erklären, insbesondere morgens bei Schulbeginn, zu unterstützen. Die Ortspolizei kann diese Aufgabe aus Personalgründen nicht zuverlässig zusätzlich meistern.

FDP: Wir unterstützen das Ziel, die Verkehrssicherheit im Umfeld der Schule deutlich zu erhöhen. Die Einrichtung einer Schulstraße im Hessenring prüfen wir konstruktiv, insbesondere unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Kommunen und der Auswirkungen auf Anwohner. In der Untergasse und der Stettiner Straße gibt es bereits Elterntaxi-Halteplätze, die in der laufenden Wahlperiode auf Betreiben unseres ersten Stadtrat Lars Knobloch noch einmal ausgeweitet worden sind. Sicherlich ist es sinnvoll hier nochmal weiter tätig zu werden und diese weiter auszuweiten und auch eventuell über eine neue Lösung nachzudenken.

GRÜNE: Ihren Vorschlag der Schulstrasse halten wir für unterstützenswert, ebenso das Radfahrer- frei Schild. Beides können wir als Antrag, am besten Prüfanträge an den Magistrat stellen, mit anschließender Diskussion und Beschlussfassung in den entsprechenden Ausschüssen. Eine Initiative - sicherer Schulweg in Steinbach- würden wir ebenfalls unterstützen. Auch dazu haben wir bereits einen Antrag gestellt, wir wollten die ehemals vorhandenen gelben Markierungen wieder lesbar machen lassen. Dies wäre aus unserer Sicht in enger Abstimmung mit Schule und Elternbeiräten möglich. Über eine Anfrage an den Bürgermeister kann dies auf den Weg gebracht werden.

SPD: Position 1.1. stimmen wir als konkrete und erste Maßnahme zu um ins „Doing“ zu kommen. Darüber hinaus streben wir ein Verkehrskonzept für das Areal an.

1.2. Programm Besser zur Schule: Die Stadt wirkt auf die Grundschule ein, sich an dem Programm zu beteiligen und begleitet den Prozess aktiv. Alle Schulwegpläne sind mit der Verkehrsbehörde abgestimmt.

CDU: Das Programm Besser zur Schule hat die Stadt Steinbach bereits erfolgreich umgesetzt. Der Schulwegeplan wird alljährlich an die Erstklässler verteilt und ist auf der Homepage der Stadt Steinbach in der aktuellen Fassung herunterzuladen

FDP: Wir befürworten die Teilnahme der Grundschule an Programmen zur sicheren Schulwegförderung. In unserem Wahlprogramm haben wir bereits festgehalten:

- Schulwege sicher gestalten,

- Schulwegeplan aktiv bewerben,
- ADFC-Laufbus unterstützen,
- sichere Schulvorfahrten umsetzen.

Die Abstimmung mit der Verkehrsbehörde ist für uns selbstverständlich.

SPD: Position 1.2. stimmen wir zu.

1.3. Durchgängige Radwege (Protected Bikelines) werden eingerichtet auf der Bahnstraße hinter dem Kreisverkehr bis zum Eingang nach Weißkirchen sollten die laufenden Planungen für einen Radweg zügig durchgeführt werden.

CDU: Ein durchgängiger Radweg nach Weißkirchen wird von der Stadt Steinbach in Abstimmung mit Hessen Mobil geplant. Der Abschnitt zwischen dem Ende der Wohnbebauung und dem Kreisel soll im Zusammenhang mit dem Bau des Feuerwehrgerätehauses erstellt werden. Die Umsetzung dieser Pläne werden wir in der nächsten Stadtverordnetenversammlung im Auge behalten.

FDP: Wir stehen klar zur konsequenten Umsetzung des Radverkehrskonzeptes 2021. Konkret unterstützen wir:

- den Radweg Oberhöchstadt,
- die Verbindung Feuerwehr–Weißkirchen,
- die zügige Planung der Strecke Bahnstraße Richtung Weißkirchen.

Protected Bikelines können dort sinnvoll sein, wo Verkehrsaufkommen, Breite und Sicherheit es erforderlich machen und eine Umsetzung möglich ist.

GRÜNE: Radwege sind ein Dauerthema, nicht nur die sogenannten suicide lanes, die plötzlich enden.



AKTIVITÄT SPD: Darüber hinaus stellen wir konkret eine Anfrage in der kommenden Stadtverordnetenversammlung am 03.03. um eine Übergangslösung zu ermöglichen.

1.4 Bodenmarkierung der vorhandenen Haltelinien in Rot auf der Bahnstraße an den Kreuzungen mit Rechtsabbiegern erneuern. Auf der Bahnstraße gibt es insbesondere an der Kreuzung zur Kronberger Straße eine Haltelinie für die Radfahrer:innen, die vor den Autofahrer:innen stehen sollen, damit die Autofahrer:innen beim Rechtsabbiegen die geradeaus fahrenden Radfahrer:innen sehen und nicht gefährden. Die vorhandenen Haltelinien sind verblasst und sollten in Rot erneuert werden, da das Rechtsabbiegen ein großes Unfallrisiko für Radfahrer:innen darstellt.

CDU: Die Fahrbahnmarkierung für die Haltelinie für Radfahrende auf der Bahnstraße im Kreuzungsbereich Kronberger Straße wird in diesem Jahr erneuert. Das hat die Stadt Steinbach bereits im Arbeitsprogramm. Ziel ist, dass die Radfahrenden beim Rechtsabbiegen oder beim Geradeausfahren sehr gut gesehen werden. Für eine farbliche Markierung werden wir uns ggü. der Verwaltung gerne einsetzen.

FDP: Die Sichtbarkeit von Haltelinien zur Vermeidung von Abbiegeunfällen ist ein sinnvolles Instrument. Wir unterstützen die Prüfung einer erneuten farblichen Markierung, insbesondere an der Kreuzung Kronberger Straße.

GRÜNE: Ihren Vorschlag in Steinbach die kritischen Strecken für Radfahrer rot zu markieren, unterstützen wir, an besonders engen Stellen sogar eine räumliche Trennung über kleine Schwellen zwischen Fahrbahn und Radweg, das sollte, wo immer möglich, in Erwägung gezogen werden. Es lässt sich relativ einfach über Anträge beantragen, zumal hier keine großen Kosten anfallen dürften und vom Bauhof selbst vorgenommen werden können.

SPD: Stimmen wir zu. Steht so 1:1 im SPD-Wahlprogramm

1.5 Einschränken des Parkens im öffentlichen Raum, vor allem in der Obergasse. Hier sind Radfahrende von beiden Straßenseiten gefährdet, sowohl durch die Längsparker (Dooring-Unfälle) als auch durch zurücksetzende Schrägparker.

Insbesondere das Gehwegparken sollte in der Stadt untersagt und kontrolliert werden. In der Obergasse ist der Fußweg auf der einen Seite aufgrund der parkenden Autos auf dem Gehweg insbesondere für Kinderwagen, Rollstühle etc. nicht zu benutzen.

In Steinbach verfügt ein Teil der PKW-Besitzenden über Parkplätze auf dem Grundstück der Wohnung. Daher könnte Parken auf öffentlichen Straßen in den Wohnstraßen zum Teil untersagt und damit die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden erhöht werden. Eventuell muss über Quartiers-Parkplätze/-Garagen nachgedacht werden.

CDU: Parksituation in der Obergasse. Dort gibt es einen hohen Parkdruck. Der Gehweg auf der nördlichen Seite der Straße ist schmal, der südliche Gehweg hingegen ist breit genug und ermöglicht auch das Benutzen mit einem Kinderwagen. Das Freihalten einer Straßenseite von parkenden Fahrzeugen wurde im oberen Ende der Feldbergstraße, nicht zur ungeteilten Freude der Anwohner, umgesetzt. Mittelfristig ist für diesen Bereich der Obergasse (von Am Sportplatz bis Kindergarten) von der Verwaltung die Umgestaltung in eine verkehrsberuhigte Zone angedacht, im Rahmen der Sanierung der Straßen in Norden. Dafür wollen wir uns in der nächsten Wahlperiode einsetzen.

FDP: Sicherheit für Radfahrende und Fußgänger hat für uns hohe Priorität. Gleichzeitig gilt: Steinbach ist eine Pendlerstadt mit begrenztem Parkraum.

Wir stehen für:

- bedarfsgerechte Parkraumentwicklung,
- konsequente Kontrolle von Gehwegparken,

Ein generelles Zurückdrängen des Parkens im öffentlichen Raum lehnen wir jedoch ab. Maßnahmen müssen ausgewogen sein und die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigen. In der Obergasse prüfen wir gerne konkrete Verbesserungen der Situation im Rahmen eines Gesamtkonzepts.

GRÜNE: Ein wesentlicher Aspekt, ist es die kleinen, engen Straßen in der Ortsmitte zu entlasten. Aus unserer Sicht wäre eine Einbahnstraßenregelung für einige Straßen sinnvoll, um allen Verkehrsteilnehmern mehr Platz und Sicherheit zu ermöglichen. Ein weiterer Schritt wäre ein

Parkraummanagement. Unsere Fraktion hatte das im Rahmen von Smart City-Programmen bereits angestoßen, aber wie so oft, wurde der Antrag abgelehnt. Dazu zählen auch die von Ihnen angesprochene Problematik der Garagenverordnung und das Parken im öffentlichen Raum. Gerade in neugestalteten Straßen, wie in der Berlinerstraße, wurden noch mehr Parkplätze als früher geschaffen, alles wurde noch enger, was zwar Autofahrer zwingt langsamer zu fahren, aber an der Gesamtsituation nichts verändert.

SPD: Hier sollte Klarheit geschaffen werden, dass auf der einen Seite nicht geparkt werden kann.

1.6 Verkehrszeichen 250 mit Zusatz Radfahren frei Einige Verkehrszeichen „Durchfahrt verboten“ (VZ 250) sollten ein Zusatzschild „Radfahren frei“ in Steinbach bekommen.

CDU: In Steinbach sind die meisten Einbahnstraßen für den Radverkehr entgegen der Fahrtrichtung freigegeben, ausgenommen sind die Straßen Fuchstanz, die Romberg- und die Rosertstraße, wegen schlechter Sichtverhältnisse durch die rechtwinkligen Kurven.

FDP: Wo es sinnvoll und verkehrssicher ist, unterstützen wir eine entsprechende Ergänzung. Eine pauschale Freigabe lehnen wir jedoch ab – jede Stelle muss einzeln geprüft werden.

SPD: selbstverständlich sinnig, wenn rechtlich und aufgrund der Sicherheit möglich

2. Verbessern der Attraktivität alternativer Mobilität

2.1. Sichere Abstellanlagen für Fahrräder. Die Stadt hat hier deutlich nachgerüstet, muss aber nachbessern, denn:

- Es fehlen Abstellanlagen für Fahrräder am Friedhof, an den Kindergärten, an den Spielplätzen als auch an beiden Sporthallen (Altkönighalle, Friedrich-Hill-Halle). Insbesondere bei dem Neubau des Kindergartens sollte darauf geachtet werden.

CDU: Um die Attraktivität des Radverkehrs zu steigern, haben wir uns erfolgreich für die Installation von Fahrradboxen am Bahnhof eingesetzt und deren Erweiterung beschlossen, zudem werden weitere Abstellanlagen/Fahrradständer an den Spielplätzen Am Weiher, Grüner Weg, am Teufelsberg und beim Bolzplatz aufgestellt

FDP: In unserem Wahlprogramm haben wir ausdrücklich festgehalten:

- Fahrradboxen erweitern,
- Lademöglichkeiten schaffen,
- Bahnhof aufwerten.

Wir unterstützen die Ergänzung weiterer Abstellanlagen:

- Friedhof,
- Kitas (insbesondere Neubau im Süden),
- Sporthallen,
- Spielplätze.

Bei Neubauten sollten Abstellanlagen von Anfang an mitgeplant werden.

GRÜNE: Unser Anspruch an Mobilitätswende geht noch ein Stück darüber hinaus, wir wollen Ihnen noch einen weiteren Vorschlag unterbreiten. Oft wird das Fahrrad nur für eine Teilstrecke benutzt, weil Bus und Bahn für die nächste Strecke vorgesehen sind. Deshalb setzen wir uns für eine Erweiterung der Abstellmöglichkeiten am Bahnhof und bei den einzelnen Bushaltestellen im Stadtgebiet ein. Dort gibt es heute zu wenige sichere Abstellplätze.

SPD: SPD-Antrag von 2024 noch offen. Es besteht Einigkeit, dass Fahrradabstellplätze mit modernen Bügeln nachgerüstet werden sollten.

2.2. Reinigung/Winterdienst. Der Bauhof erhält kompakte Schneeräumer, um die Radwege zu räumen und zu streuen. Beim Schneeräumen müssen die Fahrzeuge Radwege freihalten. Es ist kontraproduktiv, wenn geräumter Schnee auf den Fahrradschutzstreifen geschoben wird.

In Steinbach betroffen ist der Radweg an der Eschborner Straße zwischen Steinbach und Eschborn und der Radweg zwischen Steinbach und Niederhöchstadt.

Im Übrigen betrifft dies insbesondere auch die Wirtschaftswege, und zwar den Weg an den schiefen Bäumen vorbei zur Eschborner Straße, den Weg von Steinbach nach Weißkirchen, vorbei am Sonnenhof, den Weg entlang der S-Bahn zwischen Steinbach und Oberursel als auch den Weg von Steinbach ab Richtung Frankfurt über die Apfelweinbrücke durchs Steinbachtal. Sofern verschiedene Kommunen betroffen sind, sollte eine Abstimmung zwischen den Kommunen stattfinden, wer die Reinigung übernimmt. Gleiches gilt für den Radweg an einer Kreisstr. bezüglich einer Abstimmung mit Hessen Mobil.

Die Stadt wirkt auf die Landwirte ein, dass diese nach der Ernte die Wirtschaftswege reinigen.

CDU: Für die Sicherheit im Winter wird die Stadtverwaltung erneut Gespräche mit den Nachbarstädten Eschborn und Oberursel zur Räumung der Radwege führen und die Stadt Steinbach hat zugesagt, auf die Reinigung der Wirtschaftswege zu achten

FDP: Ganzjährige Nutzbarkeit ist entscheidend für Radverkehr.

Wir unterstützen:

- Prüfung geeigneter Räumtechnik für Radwege,
- klare Priorisierung wichtiger Radverbindungen,
- interkommunale Abstimmung bei markierungsübergreifenden Wegen,
- Abstimmung mit Hessen Mobil bei Kreis- und Landesstraßen.

Der Bauhof darf Radwege nicht durch Schneeablagerung blockieren – hier nehmen wir gerne unbürokratisch über unseren ersten Stadtrat Lars Knobloch direkt Kontakt auf.

GRÜNE: Auch die Verunreinigung, die Bodenbeschaffenheit und vor allem die Alltagstauglichkeit der Wege stellen oft ein Problem dar. Sie wissen, dass der Kreis ein Radverkehrskonzept mit entsprechender Priorisierung verabschiedet hat. Allerdings müssen für eine verlässliche Umsetzung entsprechende Gelder im Haushalt bereitgestellt werden und die Priorisierung darf nicht immer wieder durch aktuell hinzugekommene Straßen- und Wegeprojekte ausgehebelt werden.

SPD: Ist zu befürworten. Sollte in der kommenden Wahlperiode geprüft werden, wie dies im Winter personell möglich gemacht werden kann – bezogen auf überörtlichen Verkehrsachsen

(Hinweis: Weg nach Niederhöchstadt wird – unseren Informationen nach - bereits von Eschborn geräumt und der Nicolaiweg wird zur IGS ebenfalls geräumt).

2.3. Verbindungen in Nachbarorte. Die Realisierung des FRM 5 zwischen Bad Homburg und Steinbach wird konsequent und zügig geplant und die notwendigen Mittel im Haushalt bereitgestellt.

CDU: Die Planung zur Radschnellverbindung Frankfurt-Vordertaunus (FRM 5) wird vom Regionalverband vorangetrieben, die Mittel sind für 2028/2029 eingeplant

GRÜNE: Bei der Realisierung des FRM 5 sollte darauf geachtet werden, dass er die Steinbachaue möglichst wenig beeinträchtigt.

SPD: Ja, die Vernetzung zwischen den Kommunen ist notwendig, um auf das Auto dauerhaft verzichten zu können.

2.4. Sichere Querungen für Radfahrende und Zufußgehende. Die im Radverkehrskonzept der Stadt Steinbach aus dem Jahr 2021 vorgeschlagene Querungshilfe über die Eschborner Landstraße (L 3006) zwischen den schiefen Bäumen und der Eschborner Gemarkung sollte zeitnah realisiert werden, mindestens mit einer Bedarfsampel. Die aktuell noch zulässige Höchstgeschwindigkeit von 90 Stunden Kilometer auf diesem Teil der Strecke sollte umgehend reduziert werden.

CDU: Hessen Mobil hat zudem die Umsetzung einer bedarfsgesteuerten Ampelanlage als Querungshilfe über die Eschborner Landstraße (L 3006) zugesagt, was von den Städten Steinbach und Eschborn unterstützt wird

FDP: Die Querungssituation ist bekannt. Wir unterstützen die zeitnahe Prüfung einer sicheren Querung in Abstimmung mit HessenMobil. Da es sich um eine Landesstraße handelt, ist hier die Kooperation mit dem Land entscheidend.

GRÜNE: Andere von Ihnen angesprochene Projekte, lassen sich über Interkommunale Absprachen anstoßen. Dazu wäre ein interkommunaler Mobilitäts-Workshop oder ähnliches der Anrainergemeinden hilfreich. Was Kreis und Landesstraßen betrifft, müssen Hessen Mobil und Kreisbehörden aktiv angesprochen werden (Straßen und Wege nach Eschborn).

➡ **AKTIVITÄT SPD: Dazu werden wir eine Anfrage im Mai stellen.**

Weitere Anmerkungen / Hinweise

CDU: Die CDU-Steinbach ist mit allen verantwortlichen Partnern kontinuierlich im Gespräch und setzt sich mit Engagement für die Verkehrssicherheit und die Verbesserung der Attraktivität alternativer Mobilität ein.

FDP: Unsere Mobilitätspolitik basiert auf vier Leitprinzipien:

1. Sicherheit zuerst.
2. Wahlfreiheit erhalten.
3. Keine ideologischen Verbote.
4. Integriertes Mobilitätskonzept mit transparenter Kosten-Nutzen-Abwägung.

Wir unterstützen den Ausbau des Radverkehrs ausdrücklich. Gleichzeitig lehnen wir eine einseitige Verkehrspolitik zulasten anderer Mobilitätsformen ab.

Steinbach braucht:

- sichere Radwege,
- funktionierenden ÖPNV,
- ausreichend Parkraum,
- sanierte Straßen,
- barrierefreie Fußwege.

Nur im Zusammenspiel entsteht eine klimaneutrale und lebenswerte Stadt.

Wir danken dem ADFC Steinbach für die konstruktiven Impulse und freuen uns auf den weiteren Dialog.

GRÜNE: Das sind einige unserer Gedanken und Vorhaben für die nächste Wahlperiode, die wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten auch ermöglichen können.

Da Radverkehr und Mobilitätswende zusammen gehören, freuen wir uns über Ihre Unterstützung und auf Ihre Einladung am 24.2. in Oberursel.

Vielen Dank für Ihre Antworten. Der ADFC wird Ihre Aktivitäten in dieser Richtung gern aktiv und engagiert unterstützen.

Ihr ADFC Oberursel/Steinbach